

PRESSEMITTEILUNG

Niedriglohnsektor: Sackgasse statt Sprungbrett

Unter dem „Brennglas“ der Corona-Krise offenbaren sich gesellschaftliche Missstände, so auch im Niedriglohnsektor. Half seine Ausweitung Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in Arbeit zu bringen, entpuppt er sich heute für viele Beschäftigte als Sackgasse – nicht zuletzt weil einige Branchen ihr Geschäftsmodell auf niedrigen Löhnen aufgebaut haben. Nur gut einem Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten gelingt der Aufstieg, während die Hälfte über mehrere Jahre im Niedriglohnsektor verharrt.

Gütersloh, 02. Juli 2020. Rund 7,7 Millionen und damit mehr als ein Fünftel aller abhängig Beschäftigten in Deutschland verdienten 2018 weniger als 11,40 Euro brutto pro Stunde und arbeiteten damit im Niedriglohnsektor. Ein großer Teil von ihnen erhielt sogar weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. Seit den 1990er Jahren ist Deutschlands Niedriglohnsektor um gut 60 Prozent gewachsen – in keinem anderen europäischen Land mit vergleichbarer Wirtschaftsleistung nimmt der Niedriglohnsektor ein solches Ausmaß an. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des DIW Econ, einer Tochter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors wurde das ursprüngliche Ziel weitgehend erreicht, Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Allerdings mit Nebenwirkungen: Zunehmend werden auch qualifizierte Tätigkeiten unterhalb der Niedriglohnschwelle vergütet. So ist die Anzahl Niedriglohnbeschäftigter, die Tätigkeiten mit mittleren und hohen Qualifikationsanforderungen ausüben, seit Mitte der 1990er Jahre um knapp eine Million Beschäftigte auf über drei Millionen angewachsen. Dies entspricht rund 40 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten.

Niedriglohnsektor: Sackgasse für Frauen und Ältere, Sprungbrett für Jüngere

Die Studie zeigt zudem, dass sich die Hoffnung eines Aufstiegs in besser bezahlte Tätigkeiten für die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten nicht erfüllt hat: Jeder zweite von ihnen verharrte auch vier Jahre später noch im Niedriglohn, zehn Prozent wurden arbeitslos oder waren nicht mehr am Arbeitsmarkt aktiv. Lediglich 27 Prozent gelang der Sprung über die Niedriglohnschwelle. Dabei beeinflussen Geschlecht, Qualifikation und Alter der Erwerbstätigen nicht nur die Verbreitung von Niedriglohnbeschäftigung, sondern auch die Aufstiegschancen. So werden Frauen wesentlich häufiger als Männer schlecht bezahlt. Während 2018 rund 28 Prozent der erwerbstätigen Frauen zu Niedriglöhnen arbeiteten, taten dies lediglich 16 Prozent der Männer. Insgesamt sind Frauen mit 61 Prozent aller Niedriglohnbeschäftigten überrepräsentiert. Ihnen gelingt auch seltener als Männern der Aufstieg in bessere Bezahlung (25 gegenüber 32 Prozent).

In Berufen, die eine hohe Qualifikation erfordern, schafften es zuletzt 60 Prozent der Beschäftigten innerhalb von vier Jahren über die Niedriglohnschwelle. Bei einfachen und mittleren Tätigkeiten lag der Anteil lediglich bei 31 beziehungsweise 22 Prozent.

Im Vergleich mit über 50-Jährigen waren jüngere Beschäftigte (18- bis 29-Jährige) 2018 häufiger im Niedriglohnsektor tätig (18 gegenüber 37 Prozent). Dabei erwies sich der Niedriglohnsektor für Berufseinsteiger eher als Sprungbrett, auch wenn der Aufstieg für sie in den vergangenen zehn Jahren schwerer geworden ist. Zuletzt überwand jeder Dritte innerhalb von vier Jahren die Niedriglohnschwelle, von den älteren Beschäftigten gelang dies nur noch jedem Fünften. Der Niedriglohnsektor ist für sie somit zur Falle geworden. Für Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, ist klar: „Der Niedriglohnsektor hat die Arbeitslosigkeit reduzieren können. Allerdings zu einem hohen Preis: Niedrige Löhne dienen nicht mehr dem bloßen Einstieg in den Arbeitsmarkt, sondern sind häufig ein Dauerzustand. Sie sind dann kein Sprungbrett, sondern eine Sackgasse.“

Corona-Krise offenbart Schattenseiten des Niedriglohnssektors

So machen Beschäftigte in Branchen, deren Systemrelevanz seit Ausbruch der Corona-Krise erkannt wurde, einen Großteil der Niedriglöhner aus: 2018 waren mehr als die Hälfte der Niedriglohnbeschäftigten im Groß- und Einzelhandel, in der Transport- und Nahrungsmittelinindustrie sowie in den Bereichen Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen tätig.

„Die Corona-Krise verstärkt die Probleme des Niedriglohnssektors – vor allem für Minijobberinnen und Minijobber. Ohne das Sicherheitsnetz des Kurzarbeitergeldes erleiden sie als erste Einkommenseinbußen oder verlieren ihre Arbeit“, analysiert Dräger die aktuelle Situation. Besonders prekär ist die Lage von Beschäftigten, bei denen der Minijob den Haupterwerb darstellt – rund drei Viertel von ihnen verdienten 2018 weniger als 11,40 Euro pro Stunde und ein Aufstieg aus dem Niedriglohn gelang ihnen nur halb so häufig wie Vollzeitbeschäftigten. Sie haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld und der drastische Beschäftigungsrückgang bei dieser Gruppe von bereits 4,6 Prozent im März 2020 im Vergleich zum Vorjahresmonat zeigt: Insbesondere für Haushalte im unteren Bereich der Einkommensverteilung bricht derzeit ein erheblicher Teil des verfügbaren Einkommens weg. Soll der deutsche Arbeitsmarkt resilienter werden, gilt es auch schlecht abgesicherte Beschäftigungsformen, wie die Minijobs, zurückzudrängen.

Reform-Mix zur Eindämmung des Niedriglohnssektors notwendig

Um den Niedriglohnsektor einzudämmen, plädieren die Studienautoren daher vor allem auch für eine Reform der Minijob-Regelung, die den Übergang in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse fördert. Eine Option hierfür ist, die Schwelle für Minijobs von 450 Euro abzusenken, sodass Beschäftigte bereits ab einer geringeren Höhe von beispielsweise 250 Euro Sozialversicherungsbeiträge abführen und so auch in Krisenzeiten besser abgesichert sind. Zusätzlich können Reformen im Steuer-, Abgaben- und Transfersystem dazu beitragen, Belastungen am unteren Ende der Einkommensverteilung zu reduzieren, um Arbeitsanreize zu stärken. Durch eine damit verbundene Ausweitung der Arbeitszeit würde auch die Wahrscheinlichkeit eines Aufstieges aus dem Niedriglohnsektor erhöht. Kurzfristig sollten darüber hinaus die Kontrollen zur Einhaltung des Mindestlohns verstärkt werden, um die Einkommenssituation vieler im Niedriglohnsektor Beschäftigten zu verbessern. 2,4 Millionen Menschen in Deutschland erhalten laut Studie unrechtmäßig weniger als ihnen rechtlich zusteht.

Zusatzinformationen

Die Studie „Der Niedriglohnsektor in Deutschland. Falle oder Sprungbrett für Beschäftigte?“, wurde von Dr. Markus M. Grabka und Konstantin Goebler vom DIW Econ im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellt. Auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), einer seit 1984 durchgeführten repräsentativen Längsschnittbefragung, analysierten sie die Entwicklung des Umfangs und der Struktur des Niedriglohnssektors. Zudem untersuchten sie die Mobilität von 1995 bis 2018 als Gesamtheit und für ausgewählte Subgruppen in mittlerer und längerer Frist. Hierfür betrachteten sie alle in Haupttätigkeit abhängig Beschäftigten, die in den jeweiligen Jahren weniger als zwei Drittel des Medians der Bruttostundenlöhne verdienten und somit im Niedriglohnsektor tätig waren.

Unsere Expertinnen:

Valentina Sara Consiglio, Telefon: 030 275788-130
E-Mail: valentina.consiglio@bertelsmann-stiftung.de

Manuela Barišić, Telefon: 030 275788-131
E-Mail: manuela.barisic@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet. **Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de**